

Die helle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 2.50 Mark, vierteljährlich 6.50 Mark, durch die Post 6.00 Mark einschließlich Postgebühren. Einzelnummer 13 Pf. Bestellungen werden von allen in Adressenlisten angegebenen. Im amtlichen Zeitungsverzeichnis unter 'Zeitung' eingetragen. Für unentgeltlich eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe 'Zeitung' gestattet. Ferner der Geschäftsverteilung Nr. 1140, der Anzeigen-Abteilung Nr. 1142 u. 1413, der Bezugs-Abteilung Nr. 1133, Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

# Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

Werbe- und Geschäfts-Anzeigen, 34-Mark-Druck, 10-Mark-Druck, 20 Pf. berechnung u. in 10-Mark-Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Resten die 22 von Dr. Müllerstraße 60 Pf. Anzeigen-Annahmestellen, 10-Mark, 11 Uhr, für die Sonntags-Abgabe, 11 Uhr, Abbestellungen, soweit möglich, müssen schriftlich erfolgen. Erhalten: 2-Mark, Sonntags 1-Mark, 11-Mark, u. Haupt-Verkaufsstelle: Halle, Neue Dromenade 1a, Dr. Braunhauer, 17. Neben-Verkaufsstelle: Markt 24 und Reichstr. 22.

Nr. 529.

Halle, Dienstag, den 11. November.

1919.

## Die deutsche Note an Frankreich.

W.B. Berlin, 10. Nov. Die deutsche Regierung hat in Paris folgende Note überreichen lassen:

Sehr Präsident!

Am 29. August dieses Jahres wurde durch eine amtliche Veröffentlichung der Agentur Sarras mitgeteilt, daß die alliierten und assoziierten Regierungen sich entschlossen hätten, den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Friedensvertrags, soweit er den Militärtransport der deutschen Kriegsgefangenen betrifft, voranzutreiben. Hinsichtlich war, daß die Vorbereitungen zum Militärtransport unverzüglich beginnen würden. Die Heimförderung der in amerikanischen, belgischer, englischer und italienischer Hand befindlichen Kriegsgefangenen hat seit dieser Zeit eingeht. Sie hat im allgemeinen einen normalen Verlauf genommen, während sich gleichzeitig, wenn auch infolge des fehlenden Mangels an Schiffraum nur langsam die Rückkehr der Deutschen aus der Kriegsgefangenschaft in überseeischen Ländern vollzieht oder vorbereitet.

Die französische Regierung allein verlangt den deutschen Kriegsgefangenen die Freiheit. Sie hat sich zwar auf Erträgen der deutschen Regierung und auf die warme, rein menschliche Empfänglichkeit empfindende Fürsprache des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zu der Erklärung verstanden, daß die Heimförderung der Kriegsgefangenen unmittelbar nach der Ratifikation des Friedens durch Frankreich beginnen solle. Frankreich hat ratifiziert. Der Friedenszustand für Frankreich ist durch amtliche Erklärung hergestellt und damit der Zeitpunkt für die Erfüllung der Forderung gekommen.

Noch immer aber warten die deutsche Regierung

und das deutsche Volk auf die Rückkehr der Gefangenen, ja sogar auf eine auch nur annähernde Angabe über den Zeitpunkt, wann darauf gerechnet werden kann.

Auf niemandem können diese Leiden von über 400 000 Menschen, die zum Teil seit langem haben das bittere Los der Gefangenschaft tragen, ihren tiefen Eindruck verhehlen. Der zweite Winter ist dem Aufbruch der Feindseligkeiten nicht mit seiner Härte und Entbehrung heran. Die Leiden nicht in den Lagern Frankreichs zurückbleibenden Gefangenen haben die glücklicheren, aus amerikanischen, belgischer und englischer Gefangenschaft der Freiheit zurückgeführten Kameraden an sich vorbeiziehen lassen müssen, ohne selbst auch nur einen schmerzhaften Ausblick auf die Stunde ihrer Befreiung zu erhalten.

Ein Werk der Jermürdung und Jermarterung an Seele und Körper ist an vielen Tausenden in den seit Abbruch des Waffenstillstandes vergangenen Monaten in täglicher Erwartung des Friedens vollendet worden und fordert mit jedem Tage neue Opfer. Wer sich nicht mit eigenen Augen davon überzeugen konnte, braucht nur

die Briefe der Gefangenen

zu lesen, aus denen in ergreifender Weise die endlose Qual enttäuschter Hoffnungen spricht.

Man darf sich über die unheilvollen Wirkungen nicht täuschen, die diese Zurückhaltung der Gefangenen in Frankreich für das Schicksal des deutschen Volkes mit sich bringt. Die zahlreichsten Vertreter Frankreichs, die sich jetzt in Deutschland befinden und beschäftigt haben, die Stimmung im Lande zu ermitteln, können die französische Regierung darüber nicht im Zweifel gelassen haben, daß die weit über die Kreise der Angehörigen der Kriegsgefangenen hinaus im ganzen deutschen Volke herrschende Erbitterung

über die Hinauszögerung der Heimführung der Kriegsgefangenen auf's Äußerste gesteigert ist.

Das deutsche Volk kann die Haltung der französischen Regierung, die es als grausame Härte empfindet, nicht verstehen. Die Sorge, die Deutschland nicht zur Ruhe kommen läßt, macht's kindig, da es sich von Monat zu Monat in der Hoffnung auf Wiederkehr seiner Ehre getrieben sieht. Die deutsche Regierung fürchtet diese Entwidlung um so mehr, als gleichzeitig die innere Gesundung des Volkstörpers durch schwerste wirtschaftliche Kräfte in Frage gestellt ist. Ein Volk, an dessen Körper durch Zurückhaltung der Kriegsgefangenen

eine der schwersten Wunden künstlich offen gehalten

wird, vermag nach all dem Schwerm, was es erdulden mußte und noch erdulden muß, in der Tat nicht mehr diese neue Belastung zu ertragen. Sie muß unabweislich zu einer Lähmung der Kraft führen, deren das Volk nicht nur für seinen eigenen Bestand, sondern auch für seine Mitarbeit an dem gemeinsamen Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten materiellen und geistigen Werte so notwendig bedarf.

An der Zurückhaltung der Kriegsgefangenen, die in ihrer Folge weit über die Grenzen des Landes hinausreicht, erlitt die deutsche Regierung eine schwere Gefahr. Sie hält es für ihre Pflicht, hierauf mit tiefstem Ernst und feierlich vor aller Welt hinzuweisen.

Die deutsche Regierung muß noch auf folgendes aufmerksam machen:

Seit der Unterzeichnung des Friedensvertrags und schon vor seinem Inkrafttreten hat sich die deutsche Regierung

bis an die Grenzen der Möglichen bemüht, den schweren Friedensbedingungen zu entsprechen. Sie hat sich sogar über diese Bedingungen hinaus zu weitgehendem

Entgegenkommen bereit gefunden, nachdem von autoritativer französischer Seite ihren Verwehren ausdrücklich versichert worden war, daß ein solches Entgegenkommen auf die Frage der Heimförderung der Gefangenen einen günstigen Einfluß haben werde. Will volchem Recht glaubt die deutsche Regierung erwarten zu können, daß die französische Regierung die Kriegsgefangenenfrage, die nur noch vom Standpunkt der Menschlichkeit aus behandelt werden kann, in einem entgegenkommenden Geiste löse und die Kriegsgefangenen der Heimat ohne weiteren Aufschub wiedergibt.

## Massenverhaftungen in New York.

Haag, 10. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Aus New York wird gemeldet: In New York nehmen die Behörden Massenverhaftungen radikaler Elemente vor. Mehrere Tausend Personen wurden ins Gefängnis gesetzt. In der Stadt New York wurden allein 400 Kugeln festgenommen, darunter der bekannte revolutionäre Einflieger Jim Larkin. Viele der Verhafteten sind Frauen, die eine Demonstration zu Ehren der russischen Revolution geplant hatten. Es wird bekanntgegeben, daß die Massenverhaftungen die Einleitung zu allgemeinen Maßnahmen zur Unterdrückung einer von den unabhängigen Arbeitern geplanten Verschwörung sei, die den Zweck verfolgte, die Regierung der Vereinigten Staaten zu stürzen.

## Wilson's Kampf im Senat.

W.B. Versailles, 10. Nov. Der Sonderberichterstatter des 'Echo de Paris' in Washington meldet unter dem 7. November: Wilson verhandelte zum ersten Male mit Senator Hitchcock über die Deposition gegen den Friedensvertrag geschlossene Lage. Er erklärte sich bereit, die Entschuldigungen anzunehmen, die Hitchcock und seine demokratischen Kollegen treffen würden, um zu einem Kompromiß in Bezug auf die zu votierenden Vorbehalte zu kommen. Der Präsident wolle gern Vorbehalte annehmen, wenn sie nicht das Funktionieren des Vertrages und des Völkerbundes beeinträchtigen. Hitchcock erklärte, der Kampf im Senat werde lang sein und vielleicht in eine Sackgasse führen, aus der man nur dadurch herauskommen könne, daß man ein Kompromiß abschließt, dessen Abschluss jedoch viel Zeit und Geduld erfordere. Der Sonderberichterstatter meint, es sei fast ausgeschlossen, daß man zu einem einseitigen Ergebnis über den Vertrag noch in dieser Session, die am Monatsende zu Ende geht, kommen werde.

## Amerika untersagt die Befrachtung mit Kohlen.

Washington, 10. Nov. (Haas.) In der Verhütung, die den ausländischen Schiffen das Füllen der Tanker mit Kohlen verbietet, ist eine Änderung getroffen worden. Ein neuer Erlass erlaubt ausländischen Schiffen, Kohlen einzunehmen, um die nächstfolgenden Häfen erreichen zu können. Die Befrachtung mit Kohlen ist somit untersagt.

## Militerand Clemenceaus Nachfolger?

Haag, 10. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Aus Paris wird gemeldet: In wohlinformierten Kreisen wird behauptet, daß Militerand zu Clemenceaus Nachfolger anzuersuchen sei, wenn die gegenwärtige Regierung die Mehrheit erhält.

## Blutige Zusammenstöße bei Fiume.

Billa, 10. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Nach übereinstimmenden Nachrichten sind in der Gegend von Fiume zwischen serbischen Truppen einerseits und Kroaten und slowenischen Truppen andererseits blutige Zusammenstöße erfolgt, bei denen es Tote und Verwundete gab. Verwundete wurden auch in das besetzte Gebiet von Fiume transportiert. In Vaibach hat die Erregung der Bevölkerung den Höhepunkt erreicht. Offiziere werden auf der Straße angegriffen. Verhaftet wird die Lage noch durch die herrschende Wirtschaftskrise. Der Exportstopp dauert bereits vier Wochen. Die Zeitungen können nicht erscheinen.

## Empfindliche Niederlagen Denikins.

Amsterdam, 10. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Das Moskauer Zentralbureau verbreitet folgenden Fundpunkt: Die Lage Denikins wird mit jedem Tage kritischer. Die belagerten Gegner Denikins sind die Bauern und die Arbeiter geworden. Denikins Versuch, die Parteigänger der Weißen Nationalisten und der linkssozialen Revolutionäre auf seine Seite zu bringen, sind sämtlich gescheitert. Auch die Großbauern, die Denikin gleichfalls zu gewinnen suchte, haben ihn im Stich gelassen. Seine einzige Stütze sind die Miliziere und die Besessenen. Ueber größere Nachmittage verfügt Weltjura, der seine Anhänger unter den Großbauern hat. Weltjura stützt sich auf die fremden Bataillon, um sich zu behaupten. In dem Augenblick, wo die Sowjettruppen in der Ukraine Fortschritte machten, und Weltjura Truppen in großen Massen zu den Weißen abgezogen. Die Besessenen Weltjura sind seinen Verbündeten, sich mit Denikin zu vereinigen, sind vollkommen gescheitert. Die Sowjetmacht einzeln und allein hat Aussicht, einen entscheidenden Einfluß auf die Dinge in der Ukraine in nächster Zukunft auszuüben.

## Ägyptens Vizekönig gebraucht dringend englische Truppen.

Basel, 10. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Die Breschinformation meldet aus London: Der Vizekönig von Ägypten fordert dringend englische Truppen, um die sich immer weiter ausbreitenden Unruhen der Eingeborenen zu unterdrücken. In Alexandria sind inzwischen drei englische Kreuzer eingetroffen, welche Nacht brechen an vier verschiedenen Stellen der Stadt Feuer aus, die von den Eingeborenen angelegt sind. Auch in Kairo wurden Fabriken und Lagerhäuser der Engländer in Brand gesetzt. Den übrigen Anwohnern droht keine Gefahr. Den Aufständischen sind mehrere Waffenlager in die Hände.

## Die Eisenbahn ohne Kohlen!

Berlin, 10. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) Aus dem preussischen Eisenbahnministerium erfahren wir, daß die am Sonntag ausgeprobenen Versuche, daß der Güterverkehr durch Mangel an Eisenbahn-Dienststoffe behindert werde, bereits eingetreten ist. Im Vergleich mit dem Vorrat auf den größten Lokomotivstationen völlig an die Grenze. Der Güterverkehr wurde durch den Mangel an Kohlen erschwerlich gestört. Auf der Strecke Hannover-Berlin mußte ein großer Teil der Befehlsanlagen stillgelegt werden, so daß die Vereinfachung der Lokomotiven stark verzögert wurde. Auch von den Bezirken Altona, insbesondere von den großen Hamburger Bahnhöfen, sowie von Stettin wird über den Mangel an Kohlen und dadurch hervorgerufene schwere Störung des Güterverkehrs berichtet. Trotz aller Hinweise der Eisenbahnverwaltungen bleibt die Forderung von Dienststoffe noch immer hinter dem Bedarf zurück.

## Streckenbleiben der Kohlen- und Kartoffelzüge im Schnee.

Berlin, 10. Nov. Wie die Abendblätter melden, beinträchtigt der anhaltend anhaltende Schneeeis, der auch nachts über niedriger, in Groß-Berlin den Verkehr stark. Es machten sich schon im Wagen- und Straßenverkehr Störungen bemerkbar. So hatte besonders die Stadtbahn mit dem Schneemais zu kämpfen. Die städtische Straßenreinigung konnte, trotzdem 20 Mark Tagelohn bezahlt werden, nicht genügend Arbeiter beschaffen, um der Schneemais Herr zu werden. Auch der Eisenbahngüterverkehr leidet unter dem frühen Winterwetter, so daß die Kartoffel- und Kohlenzüge liegen bleiben.

## Rückkehr aus rumänischer Gefangenschaft.

Berlin, 10. Nov. Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der erste der vier Jagaretszüge, die zur Abholung unserer Gefangenen aus Rumänien bestimmt sind, geht voranschreitlich im Laufe der nächsten Woche ab. Die anderen werden in Abständen von fünf bis acht Tagen folgen. Den Angehörigen ist Gelegenheit geboten, auf diesem Wege schriftlich Mitteilungen an die Gefangenen in Rumänien gelangen zu lassen. Für die Briefe sind zwei Umschläge zu benutzen. Der ängere muß die Aufschrift tragen: An die Militär-Kontrollenverteilung Berlin SW. 11, Prinz-Albrecht-Straße 2, für den Jagaretszug nach Rumänien, der in zwei nach Namen und Adressen der Kriegsgefangenen tragen und darf nicht verschlossen werden.

„Nichts zu finden“.

W.B. Berlin, 10. November. Ein Berliner Blatt hat am Sonnabend von einem angeblichen Friedensschluß der englischen Regierung im Jahre 1917 berichtet. Wie W.B. hört, ist in den Akten des auswärtigen Amtes darüber nichts zu finden.

## Aus dem Reichsanzeiger.

Berlin, 10. Nov. Der 'Reichsanzeiger' enthält einen Erlass betreffend die Errichtung eines Reichsministeriums für den Wiederaufbau, ein Gesetz betreffend die Errichtung der Provinz Oberlothringen und eine Verordnung über die Errichtung der Eisenbahnschaffstellen bei den Dienststellen der Staatsbeamten.

## Ausgehobene Kommunervereinigung in München.

München, 10. Nov. (Eigene Drahtnachricht.) In München ist abermals eine verbundene Kommunervereinigung aufgehoben worden. 5 Rätebürger wurden verhaftet.

## Kein Entente-Kredit für Oesterreich.

Wien, 10. Nov. Laut Meldung des Wiener Korrespondenten ist die von einer Korrespondenz gebrauchte Nachricht, daß der Republik Oesterreich von der Entente ein Kredit von 300 bis 500 Millionen Franken eingeräumt worden sei, unrichtig.

# Preussische Landesversammlung.

1919. Berlin, 10. Nov. Am Ministerisch. Präsid. Präsident Feinert eröffnet die Sitzung um 12 1/2 Uhr. Die zweite Beratung des

## Bergbauhaushaltes

wird fortgesetzt.

Abg. Müller (Hlt.). Der Abschluss des Tarifvertrags für das Ruhrgebiet stellt sich als ein gewaltiger Erfolg der zielbewussten Gewerkschaftsarbeit dar. Die Erfüllung der Bergarbeiterforderungen ist das beste Mittel, um die Beschäftigung der Kommunisten und Sozialisten lahmzulegen. Stillgelegte Felder und Stellen sollten wieder in Betrieb gesetzt werden.

Abg. Hauptmann Mühlhans: Wir haben mit allen Instanzen über die Verbesserung der Lage der Bergarbeiter verhandelt. Den Beamten haben wir es zur Pflicht gemacht, mit den Bergarbeiterorganisationen, Ausschüssen und Betriebsräten Fühlung zu nehmen und vermittelnd einzugreifen.

Abg. Nibel - Charlottenburg (Dem.): Kosten könnten hier geteilt werden, wenn der Schienenweg in weitem Maße durch den Raft weg ersetzt würde. Die soziale Bewegung bedarf des weiteren Ausbaues. Der Friedensvertrag bedarf der Revision, vor allem im Hinblick auf unsere Kohlenlieferungen.

Abg. Hippel (Dn.): Durch die Revolution ist unseren Feinden Hilfe geleistet worden. Wir bedauern, daß die Regierung noch kein Mittel gefunden hat, durch das sie den Kohlenmarkt zu einer gesunden Preispolitik zurückführen wird. Leider sind schon wieder heimische Kräfte am Werk, um die Ruhr zu freien, insbesondere im Siegerlande. Die Röhre müssen im Einklang stehen mit den Bedürfnissen des täglichen Lebens.

## Eisenbahnminister Oeser:

Ich möchte glücklicherweise, wenn die Kohlennot wirklich nur eine Transportnot wäre. Dann können wir ihr allmählich abhelfen. Leider hat sie auch noch andere Ursachen. Infolge der Einstellung des Personelleverkehrs haben wir die Wagenanstellung an den Bedarf heran, ja zum Teil darüber hinaus gebracht. An der Ruhr haben wir heute in allen Bahnen einen Personalüberschuß. Man muß nicht alles abgefahren werden, so liegt es nicht am Wagenmangel. Auch in Deutschland werden wie die Halbenstände in absehbarer Zeit abfahren können. Leider wird die Wohnvermittlung selbst schlecht mit Kohle versorgt. Mindestens 50 Prozent aller unserer Leiharbeiterleistungen beruhen auf dem Kohlenmangel. Wenn ich keine Kohle bekomme, muß ich zur Selbsthilfe greifen und Kohle beschlagnahmen, wo ich sie finde. (Beifall.)

Dienstag 12 Uhr. Fortsetzung.

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Der Arbeitsplan der Preussischen Landesversammlung.

1919. Berlin, 10. November. Der Vorkonferenz der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, zum Etat 22 Nebenberufspräsidenten zuzulassen. Damit die Anschläge die nötige Zeit zur Bewältigung der Arbeiten haben, sollen am Mittwoch die Verhandlungen auf acht Tage ausgesetzt werden, falls bis dahin wieder ein gesetzlicher Eisenbahnverkehr wiederhergestellt ist, so daß die Abgeordneten in ihre Heimat gelangen können. Wegen der Weihnachtstagen wird sich das Präsidium mit der Nationalversammlung ins Einvernehmen setzen. Für den Beginn soll der 16. oder 17. Dezember vorgeschlagen werden.

## Pakete für Gefangene in Sibirien.

Berlin, 10. Nov. Dr. Reichs-Zentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Nach den neueren Nachrichten nimmt der am 25. November 1919 von Kopenhagen nach Ostien abgehende Dampfer der Dänischen Kompagnie Pakete für Gefangene in Sibirien mit. Die Post ist in gewöhnlicher Weise zur Post zu geben mit dem Auftrag in der Aufschrift: „Über Kopenhagen mit Dampfern der Dänischen Kompagnie“. Die Pakete müssen fest eingepackt sein und dürfen keinen leichtverderlichen Inhalt haben.

## Voralberg für den Anschluß an die Schweiz.

Berlin, 10. Nov. Nach einer Meldung der Schweizerischen Depeschenagentur hat am Sonntag in Vorarlberg zwischen Führern der Anschließungsbewegung in Vorarlberg und Abgeordneten der hauptsächlichsten Komitees der Schweiz eine Zusammenkunft stattgefunden, in der man sich mit der Anschließung befaßte. Nach den Darlegungen der Vorarlberger Abordnung geht hervor, daß die Anschließungsbewegung wachst. Vorarlberg legt alle Hoffnungen auf den Schweizer Bundesrat, das Schweizer Volk und den Völkerverbund. Die Delegierten der beiden Länder traten für ein gemeinsames Vorgehen der Schweizer Vertreter ein und beschloßen, ein Zentralorgan zu schaffen und die Verorgung Vorarlbergs durch die Schweiz zu versuchen, damit Vorarlberg wirtschaftlich und auch politisch unabhängig dastehen könne.

## Ein Sechsen für Bol'via.

Lima, 10. Nov. Der peruanische Minister des Auswärtigen hat den Minister des Aeußeren von Bol'via telegraphisch um Bestätigung der Nachricht von der Hebererkenntnis zwischen Chile und Bol'via über die Bewirtschaftung eines Sechsen an Bol'via erlucht.

## Betrunkene Franzosen als Revolverhelden in Berlin festgenommen.

Berlin, 10. Nov. Wie die „W. Z.“ meldet, wurden die Choukewé Melion und Jozecol des Chis der französischen Militärmission Dupont heute nacht von einer Streife der Sicherheitspolizei in der Wilhelmstraße in völlig betrunkenem Zustande festgenommen. Sie hatten vorher einen Kantinenbesitzer bedroht und eine Dame gewüßlich belästigt. Auch die Streife wurde mit Revolver bedroht. Die Franzosen wurden in der Sicherheitspolizei einverhaftet und heute früh der französischen Militärmission übergeben.

# Deutsches Reich.

## Gewehr des Gefangenen aus Indien.

Berlin, 10. Nov. Die Reichs-Zentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Bei der jüngsten brit-

ischen Militärmission ist aus London ein Telegramm eingetroffen, welches besagt, daß der englische Dampfer „Maine“ alle deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen mit ihren Familien Anfang Dezember aus Indien zurückbringen wird.

## Der Rinderdiebstahl von Cassowai.

Berlin, 10. Nov. Der Rinderdiebstahl von Cassowai ist aufgelöst worden. Wie die „W. Z.“ meldet, wurden die tothbaren Gemäde in einer Hinterwäschung der Dennewitzstraße unversehrt aufgefunden und jedes Rindwerk verpackt, von denen drei zweifelslos an dem Eindrud betätigt waren.

## Das Befinden des Kardinals Hartmann.

Berlin, 10. Nov. Das Befinden des Kardinals Hartmann hat sich innerhalb der letzten 24 Stunden verschlechtert. Der Kardinal ist bei seinem Fieber völlig bewußtlos.

## Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie.

Berlin, 10. November. Vorkonferenztag. 5000 Kart auf Nr. 188 840, 175 704, 8000 Kart auf Nr. 140, 9975, 10 653, 15 372, 18 948, 22 891, 21 028, 39 884, 62 548, 74 688, 105 249, 108 926, 109 877, 114 678, 116 863, 118 456, 131 436, 139 500, 149 987, 153 752, 159 788, 163 826, 167 977, 189 869, 201 460, 203 498, 209 013, 216 829, 217 064, 230 274.

# Halle und Umgegend.

Halle den 11. November 1919.

## Stadtvorordneten-Sitzung.

Halle, 10. November.

Am Vorstandstische die Stov. Dr. Keil, Ziegler und Kleis.

Der Vorleser gibt eine Reihe Eingänge bekannt. Welches Inhalts sie sind, wird im Laufe der Sitzung verständlich, da der Redner außerordentlich kurz spricht. Dann tritt man in die Tagesordnung ein.

Punkt 1: Kausalität der Armenverwaltung wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 2 betrifft die

## Erhöhung der Gaspreise.

Herr Stv. Welsche (bei seiner Fraktion) referiert darüber. Die Selbstkosten des Gases sind außerordentlich gestiegen. Für das laufende Jahr hat man bei der Gestaltung des Etats einen Durchschnittspreis von 83,30 M. für eine Tonne zugrunde gelegt; jetzt kostet aber die Tonne bereits 115 M. Es wird beantragt, den Preis von 40 auf 50 Pf. pro Kubikmeter zu erhöhen für Gas zur Beleuchtung, Kochen und Heizen. Zum Vertriebe von Gasstrahlmaschinen soll das Kubikmeter Gas 45 Pf., durch Wärmegasmesser Form A 50 Pf., Form B 55 Pf. kosten. Im übrigen will man wie bei dem Elektrizitätsgesetz eine gleiche Skala einführen, so daß in Zukunft sich bei dem Steigen oder Sinken des Kohlenpreises um je 10 M. für die Tonne der Gaspreis pro Kubikmeter um je 2 Pf. entweder erhöht oder erniedrigt.

Auf eine Anfrage des Herrn Stv. Wolf nach dem Stande des projektierten Wasserwerks erwidert Herr Stadtvorordn. Lammer, daß die Arbeiten jetzt fast vollständig seien. Wenn die Arbeiten werden man aus dem neuen Anlage Gas entnehmen können. Es werde dafür schon jetzt in kleinen Posten die nötige Menge Kohlen geparkt.

Die Vorlage wird angenommen.

3. Ueber den geplanten Ausbau der Straßen für die Anschließung referieren die Stov. Seine (bei seiner Fraktion) und Georg (Deutschheim). Dort sind etwa 30 Wohnen Land an den Bau von Gartenhäusern und an den Bau von Kleinwohnungen zur Errichtung von Kleinwohnungen verkauft worden. Die Stv.-Gemeinde ist verpflichtet, auf ihre Kosten die vor den verkauften Grundstücken liegenden Straßen zu verlegen und mit Gas- und Wasserleitung, elektrischer Zuleitung und Sanitation zu versehen. Der Kostenanschlag dafür lautet auf 603 950 M. Die Vorlage wird angenommen.

4. Die Stv. Busse (deutschl.) darlegt, beantragt der Magistrat, der Frauenchule zur Ausstattung des Kindergarten-, Fortbildung- und Jugendkinderkammer-Seminars einmalig 10 000 M. zu bewilligen.

Frau Stv. Krüger (nach) erklärt sich namens ihrer Fraktion für den Antrag, sofern auch die Schülerinnen der oberen Klassen der Mittelschulen und der Volkshäuser zum Besuch der Frauenchule zugelassen werden.

Stadtschulrat Brendel entgegnet, dieses Verlangen ent spreche den Wünschen der Leiterin der Frauenchule, doch sei es nötig, daß die Schülerinnen ein Porturle einschickt werden. Solche Porturle habe man schon im vorigen Winter gefordert, aber niemand habe sich dafür gemeldet.

Stv. Höp (deutschl.) behält, daß Porturle nicht seien, wenn die Schülerinnen der Vorkurs- und Mittelschulen den Unterricht mit Erfolg besuchen sollen. — Die Vorlage wird genehmigt.

5. Der Magistrat hat beschlossen, als Gemeindefußschlag zur

## Grundsteuererhöhung

1 Prozent zu erheben.

Wie Herr Stv. Müller (Mehreheitsl.) darlegt, ist nach § 2 des Grundsteuererhöhungsgesetzes vom 12. Sept. 1919 über die Immobilienabgabenordnung vom 12. Sept. 1905 mit dem 1. Oktober 1919 außer Kraft getreten. Die Gemeinden sind jedoch nach § 34 des Gesetzes mit Genehmigung der Landesregierung berechtigt, auf die Grundsteuererhöhung für ihre Rechnung Fußschläge zu erheben. Die Höhe der Fußschläge ist durch § 24 Absatz 2 begrenzt; sie darf — zusammen für Land und Gemeinde — nicht mehr als 2 vom Hundert betragen. Der Erlös der Ausführungsbestimmungen zu dem Grundsteuererhöhungsgesetz kann nicht abgewandt werden; es ist vielmehr erforderlich, schon jetzt zu beschließen, einen Gemeindefußschlag zu erheben, da anderenfalls der Stadt infolge des Aufpostretens der Immobilienabgabenordnung nachteiligerweise sehr erhebliche Nachteile entstehen würden. Die Erhebung eines Fußschlags ist aber auch mit Rücksicht auf § 23 des Gesetzes notwendig, weil erst nach Auszahlung des Fußschlags die Höhe von mindestens 1 v. H. für Rechnung der Gemeinde die Heberweisung eines Durchschlagsvertrages der bisherigen Abgaben vom Reich beantragt werden kann.

Verfasser Reil (Deutschl.) bringt zur Sprache, daß seit dem 1. Oktober keine Stelle mehr vorhanden sei, wo man die Grundsteuererhöhung entrichten könne. Er schließt, wie er sich als Notar, da die Eintragung ins Grundbuch von dem Nachweis der Erlegung der Steuer abhängig seien, an den verschiedenen Stellen bemüht habe, um Aufklärung zu erlangen. Man habe ihm schließlich gesagt, der Magistrat habe dafür die Anweisungen zu geben.

Bürgermeister Sendeil erwidert, der Magistrat behalte bisher keine Anweisung; auch er leide unter dieser Verhältnisse.

Karlsruher Reil (Deutschl.) meint, die Anweisung sei jedenfalls noch unterwegs, hoffentlich habe aber die Anweisung nunmehr die Sache gefördert. — Die Steuer wird genehmigt.

6. Stv. Manschwet (Deutschl.) berichtet über den Antrag des Magistrats, zu den 40 Proz. Zuwachssteuer, die der Gemeinde zufallen, 100 Proz. Zuschlag zu erheben, so daß einschließlich 5 Proz. Veranlagungs- und Hebungskosten das Gesamtankommen an Zuwachssteuer für die Gemeinde sich auf 85 Proz. beziffern läßt. — Die Vorlage wird angenommen.

Punkt 7 bezieht sich auf eine Anzahl Lehrerkategorien Unbeschäftigten in ihren Gehaltsbezügen auszugleichen.

Stv. Busse (Mehreheitsl.) stellt den Antrag, die Vorlage zurückzuziehen, bis auch noch für andere benachteiligte Lehrer ein Ausgleich vom Magistrat beantragt wird. Stadtschulrat Brendel bittet, darauf nicht einzugehen, sondern die Vorlage zu genehmigen. Für jene Lehrer, die benachteiligt sind, sei bereits eine Nachtragsvorlage in Bearbeitung.

Nachdem noch Stv. Höp (Deutschl.) für die Vorlage gesprochen hat, wird sie angenommen. Ref. Stv. Busse (deutschl.).

8. Für Straßenpflasterungen werden 135 400 M. bewilligt. Es kommt dabei in Betracht die Ampfplasterung und Regullierung der Trauerstraße zwischen der Markt- und Waidmühlstraße, die Regullierung der Trauerstraße und der Bürgerstraße der westlichen Mittenromstraße und zwischen Große Steinstraße und Schulstraße. Ref. Stv. Brümme (nach).

9. Für die Errichtung Abwehrschichten werden 210 000 M. bewilligt. Ref. Stv. Ritter (Deutschl.).

10. Für die Beförderungsbewilligung bewilligt man zum Ausleih von Staatsverleihen, denen andererseits Ersparnisse gegenüberstehen, 14 635 M. aus dem Ramm reitet, ferner 3400 M. für Wiederherstellung und Ergänzung des Dampfheißes im Emilianheim. Ref. Frau Stadtv. Krüger (nach).

11. Für Instandhaltung in der Torfküche werden 520 M. Mehrkosten bewilligt. Ref. Stv. Kleis (Mehreheitsl.) und Höp (Deutschl.).

12. Betrifft Stadtbewilligungen für die Grube Reineigarte Karl-Ernst. Durch die Erhöhung der Höhe von 100 auf 150 M. werden 85 163 M. entfallen. Es wird aber auch mehr Kosten gefördert und eine höhere Einsparung erzielt worden, so daß sich ein Reinerlös von 116 425 M. herausstellt. Die Bewilligung wird ausgeschrieben. Ref. Stv. Gräfe (nach).

13. Für Instandhaltungarbeiten im Reformatorium bewilligt man 1100 M. nach. Ref. Stv. Minne (Deutschl.).

## 14. betraf die Anträge hinsichtlich des Vereins für Jugendhilfe.

Stv. Kleis (Mehreheitsl.) führte aus, daß man im Sozialen Ausschuss lange über den von seiner Partei gestellten Antrag auf Verstaatlichung der Jugendhilfe beraten habe. Bei der Abstimmung haben 5 gegen 5 Stimmen gestanden. Der Revertent selbst vertritt den Standpunkt, daß man die Jugendhilfe nicht der privaten Wohltätigkeit überlassen dürfe. Sie sei vielmehr eine Aufgabe der Stadt.

Von dem Stv. Busse (deutschl.), Speltz (Christl. P.) wird bargelegt, daß der Verein seine Aufgaben bisher ausgezeichnet erfüllt habe, es sei nicht eine einzige laudliche Klage gegen ihn erhoben worden. Wenn die Stadt die Jugendhilfe übernehme, so würden dem Stadtbüchel bedeutende Kosten entstehen.

Nach langer Debatte wird die Verstaatlichung abgelehnt und beschlossen, dem Verein für das laufende Jahr 1000 M. zur Verfügung zu stellen. Ferner wird der Magistrat ersucht, in Abstimmung mit einem früher von der Provinzialverwaltung beauftragten Plan beim Provinzialhauptmann anzufragen, wie weit für eine Übernahme des Heilbrunnens durch die Provinz Aussicht bestehe.

Außerlich der Tagesordnung wurden 21 500 M. für Kochstellen und Heizungsanlagen im Riechschiff bewilligt.

Weiter berichtet Stv. Höp (deutschl.) über eine Eingabe auf Personalvermehrung beim Wohnungsamt. Er führt zur Verurteilung aus, daß das Wohnungsamt eine außerordentliche Ausdehnung seines Wirkungsbereiches erfahren habe. Es sei durchaus unmöglich, mit den vorhandenen Kräften noch weiter auszuformen. Bestant werden 6 Zeichnen, 3 Heizerinnen und 3 Bürokräfte. Zu ihrer Verabreichung sind für den Rest des Jahres etwa 24 000 M. nötig, veranlagt werden 30 000 M. Die Veranlagung beschließt ohne Widerspruch, 30 000 M. zur Verfügung zu stellen. Es wird dabei als selbstverständlich vorausgesetzt, daß, wenn das Wirkungsbereich des Wohnungsamtes mal wieder kleiner wird, auch eine Einschränkung des Personalbestandes erfolgt.

Eine Anfrage aus der Versammlung heraus, die die Bewilligung einer kleinenigen Wirtschaftsbetriebe für die lädlichen Beamten und Arbeiter zum Ziel hat, wird für gegenstandslos erachtet, nach dem Überbürgermeister Dr. Nive die Erklärung abgegeben hat, die Vorlage sei bereits an die Stadtvorordneten unterzogen.

Der öffentlichen Sitzung folgte eine geschlossene Beratung.

## Der Kilian-Prozeß.

Erster Tag. — Fortsetzung.  
Am 10. November hat der Richter in der Verhandlung über den Kilian-Prozeß die Verhandlung fortgesetzt. Der Bürgerausschuß erhebt eine Gegenmeinung zu haben, die Demokratie hochzuhalten. Er habe bisher keinen Einfluß erhalten können. Der Bürgerausschuß hat sich bemüht, zwischen uns zu treten. Herr Rechtsanwalt Brinmann soll hierher kommen und etwas über die Unternehmung mitteilen, die er mit uns gehabt hat, als ich am 20. November in der Saalung



Der Sandwerker-Messerverein bittet seine Mitglieder, vom 1. März ab dem heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr im Lokalitäten...

Provinzial-Nachrichten.

7. Frontenhausen, 10. November. Die hiesige im Tied...

Ernt. 10. November. Die Neubelenderer Zuder...

Genh. 10. Nov. Beim vorbetretenen Fische...

K. Kraushausen, 10. November. (Erg. offener Ein...

Gen. 10. Nov. Untersuchungen einer Grob...

Sport-Nachrichten der 'Saale-Zeitung'.

Schwimm-sport. Hiesiger Schwimmverein in 1902. Die Stadtdirek...

Verchiedenes. Die deutschen Eis-Festlichkeiten in Krummhübel. Am...

Vermischtes.

Das Bootunglück vor Kiel. Kiel, 10. Nov. Das Bootunglück vor der Torpedos...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Dörfstewig-Rattmannsdorfer Braunkohlen-Industrie A.-B. Dem Bericht des Vorstandes entnehmen wir folgendes:

Erhöhung der Selbstkosten nicht gleichen Schritt ge... Da außerdem ein Kursrücklauf auf Wertpapiere...

Dom Zuckermarkt.

Nh. An den deutschen Rohzuckermärkten laufen die Verhandlungen über die Umwertung des zugekauften Rohzuckers...

Börsennotierungsbild.

Berlin, 10. November. Unterläßt durch den rubigen Verlauf der Rekrutations-Exercitantes auf die Anwartschaftsbewegung...

Table with 4 columns: Name, Unit, Price, Unit. Includes items like Jena Hohn, Kornstempel, Spannen, Gefingelous.

Produktbericht. Berlin, 10. November. Am Holzkernmarkt bleibt die Tendenz...

Am Reingeldmarkt. Der Reingeldmarkt der sich in letzter Zeit wiederholt störend bemerkbar gemacht...

Wirkung sehr unangenehm. Es ist bereits bereits die Wieder-einführung von Substitutionsgeld erzwungen worden.

Das Deutsche Papier- und Buchdruckereiwesen in dem am 30. Juni d. J. abgelaufenen Geschäftsjahre nach Abzug von 6774 (688 803) Mt. Abwertungen einen Reingewinn von 414 211 (463 311) Mt. erzielt...

Kaiserreichs Rudwin II. Einjährig-Wehrdienst. Für das Wehrjahr 1910/11 der Wehrpflichtigen in dieser Hinsicht...

Handelmarktübersicht. Die von der Firma 'Gardar & Søn' in Letzsig veranfaßte letzte diesjährige Verteilung...

Berliner Börse vom 10. November 1910.

Large table of stock market data with columns for 'Deutsche Werte', 'Ausland. Werte', 'Eisenbahn-Aktion', 'Schiffahrts-Aktion', 'Bank-Aktion', 'Industrie-Aktion'.

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off, containing various notices and advertisements.